

# Initiativantrag I 2

**Einreicher: Landesvorstand**

## **DIE LINKE. Thüringen verurteilt den Entzug der Gemeinnützigkeit für Verfolgte des Naziregimes**

DIE LINKE Thüringen verurteilt den politisch motivierten Entzug der Gemeinnützigkeit für den Bundesverband „Verfolgte des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Dieser Schritt ist ein klarer Angriff auf demokratisches, antifaschistisches und zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland.

Grundlage dieses Angriffs auf die VVN- BdA ist der Bericht einer so zwielichtigen Institution wie dem Verfassungsschutz, der z.B. bei der Aufdeckung der NSU-Mordserie komplett versagt hat. Wir erklären uns solidarisch mit der VVN-BdA und fordern die zuständige Behörde auf, diese willkürliche Entscheidung sofort zurück zu nehmen. Antifaschismus ist notwendig und gemeinnützig!

Begründung:

Der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) - ist die Gemeinnützigkeit aberkannt worden. Als Grund dafür gilt, dass der Verein in Bayern im Verfassungsschutzbericht auftaucht. Das ist jene Behörde, die bis heute auch den Jugend- und den Studierendenverband der LINKEN als Gefahr für die Demokratie in ihren Berichten aufführt.

Die VVN-BdA ist anerkannter Opferverband der Opfer des Nationalsozialismus und deren Nachfahren. Die Vereinigung hat nach der Befreiung überhaupt erst dafür gesorgt, dass viele Orte zur Erinnerung an den Naziterror und das Leid der Opfer erhalten blieben und dort Gedenkstätten entstehen konnten. Dem Verband in diesen Zeiten und in unserem Land die Gemeinnützigkeit zu entziehen, ist ein ungeheuerlicher Vorgang und ein Schlag ins Gesicht aller Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Als Akteur in der Erinnerungsarbeit, Demokratiebildung und Präventionsarbeit gegen rechte Ideologien leistet die VVN-BdA einen wertvollen Beitrag für die Gemeinschaft und ist erkennbar gemeinnützig. Unsere Solidarität gilt der VVN-BdA in gleichem Maße wie anderen in der Vergangenheit vom gleichen Schicksal betroffenen Akteuren wie zum Beispiel attac.

Immer noch wird kommerziell agierenden Akteuren wie ADAC und DFB oder sogar rechtsextremen Vereinen die Gemeinnützigkeit gewährt, immer noch können Unternehmen Lobbykosten von der Steuer abziehen. Der VVN-BdA hingegen wird die Gemeinnützigkeit aberkannt. Damit wird das demokratische Engagement wiederholt diskriminiert.

